

## Dear American fellow-citizens!

Liebe Leser!

Dieser Text wendet sich an die in Mörfelden wohnenden amerikanischen Staatsbürger. Es ist eine Aufforderung, sich für die Beendigung des schmutzigen Krieges in Vietnam einzusetzen. Bitte gebt diesen Text an bekannte Amerikaner weiter.

We don't want to withhold from you some things of importance. You surely know that the bombardments of the Democratic Republic of Viet Nam made by the air force of the United States have reached unprecedented dimensions in the last days of 1972, especially at Christmas. Wide parts of the country have been destroyed senselessly. Without making any difference schools, factories, houses and hospitals have been bombed. Recently the central hospital „Bach Mai“ in Hanoi has been fully destroyed. The victims are innocent civilians. The barbarous style of warfare and the number of victims come up to the extent of nazi-crimes in Hitler-Germany.

Surely only a few of you speak German. Therefore we want to call your attention to the fact that nearly all important newspapers of this country have condemned that policy of president Nixon.

A number of foreign governments,

including those allied with the USA, have protested against the escalation of the Viet Nam war. The AFN, if at all, mentioned those facts incidentally.

Further we want to call your attention to the fact that in the last elections 10.9 % of the Mörfelden citizens voted for the German Communist Party (DKP), which publishes this paper. Incited by the DKP, the Mörfelden town council, which consists of representatives of four parties, unanimously passed the following resolution addressed to the US-embassy in Bonn:

„We write this letter, shocked by the terrible escalation of the war in Viet Nam and worried about the peace in the world. The news of today (19 Dec., 1972) have frightened a lot of people of this country and in our town. Among these people are many who themselves lived to see war, especially air raids. In our town there live about 2.000 American citizens. They live here on friendly terms with the native people. We do not want to see these relations disturbed and therefore we support the efforts of the American citizens to spare their soldiers and the Vietnamese people harms and misfortunes, and to contribute to the termination of the war. Please, intercede with your government for the stop of the bombardments and

### SCHANDE

Die Bundesregierung hat zu den US-Verbrechen am vietnamesischen Volk geschwiegen. An der Spitze dieser Bundesregierung steht Friedensnobelpreisträger Willy Brandt.

Jetzt äußerte die Regierung „Erleichterung“. Worüber? Weil amerikanische Flugzeuge im Augenblick keine Bomben mehr in die Trümmerfelder Hanoi und Haiphongs werfen?

Von dieser Bundesregierung ist der US-Imperialismus nicht in die Schranken gewiesen worden! Schließt die „Bündnistreue“ der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu den USA auch den Völkermord ein?

Die sozialistischen Staaten und Millionen Menschen in diesen Staaten haben protestiert. Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme, die österreichische Regierung, andere Regierungen kapitalistischer Staaten haben den Bombenterror verurteilt. In der Bundesregierung hat sich die DKP an die Seite der vietnamesischen Bevölkerung gestellt. Gewerkschafter und Jungsozialisten, einige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, Pfarrer und Jugendliche. Die Empörung über das abscheuliche Verbrechen war weltweit, stark und zwingend.

Das Schweigen der Bundesregierung ist eine Schande. Und ein Beweis, daß diese Regierung gezwungen werden muß, Politik im Interesse der arbeitenden Menschen zu machen. Von allein tut sie es nicht.

# BLICKPUNKT KOMMUNAL



## Oberforstmeister-Streitz-und Oberförster-Dammel-Rodelbahnen

Seit Februar 1970 setzten sich „alle Jahre wieder“ die beiden Stadtverordneten Siegel und Hechler für den Bau einer Rodelbahn ein. Welch eine vermessene Forderung. Zuletzt schrieb Hechler an Bürgermeister Bachmann, doch bald in den „Höhbergen“ als Sofortmaßnahme eine bereits von den Kindern zum Rodeln genutzte Stelle etwas auszubauen.

Dies ist mittlerweile geschehen. Wir und alle hoffentlich bald rodelnden Kinder danken für das überaus schnelle Galoppieren des Mörfelder Amtsschimmels. Ebenso danken wir unserer Forstverwaltung, an der Spitze deren Leiter Oberforstmeister Steitz und Oberförster Dammel, für ihre Güte und ihr Entgegenkommen, wie es Bürgermeister Bachmann in der letzten Stadtverordnetensitzung so schön sagte. Denn nur durch deren Wohlwollen ist dies alles möglich geworden.

Auch seien hiermit nochmals die bis ins letzte Detail gehenden Ausführungen von Oberförster Dammel gewürdigt. Wie sagte der doch so treffend: „Magistrat, Stadtbauamt und Forstamt bemühten sich rasch und wirkten zusammen,“

Da Forstleute so selten geehrt werden, in der Mörfeldener Gegend gibt es nur eine Forstmeister-Zimmermann-Schneiße, und eine Forstmeister-Steinhäuser-Schneiße schlagen wir vor, die eine Rodelbahn nach Oberforstmeister Streitz und die andere nach Oberförster Dammel zu benennen.

## Mörfeldens Jugend um 44.000 DM geprellt

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten im alten Jahr stand der Nachtragshaushalt auf der Tagesordnung. DKP-Sprecher H. Hechler nahm hierzu kritisch Stellung. Unter anderem stellte er fest, daß von insgesamt 51.000 DM, die man im Frühjahr, zum Teil auf Initiative der DKP-Abgeordneten, im Haushalt 72,



### Veranstaltungen

Mittwoch, 17. Januar 1973, 20.00 h im Bürgerhaus öffentliche Mitgliederversammlung der DKP, Thema: „Der Grundvertrag und Probleme der friedlichen Koexistenz“

Dienstag, 30. Januar 1973, 20.00 h im Bürgerhaus Veranstaltung der DGB-Jugend und der SDAJ

### „Ein Hitler war genug“

Film und Vortrag anläßlich der vierzigsten Wiederkehr der Macht ergreifung des Faschismus



kinder- und jugendbezogen eingeplant hatte, 44.000 DM nicht ausgeschüttet wurden.

So wurden 10.000 DM für Unterhaltung und Erneuerung von Kinderspielplätzen eingesetzt, aber nur 1.000 DM hierfür verbraucht, obwohl diesbezügliche Einrichtungen in Mörfelden Verbesserungen und Erneuerung vertragen hätten.

Die eingesetzten 26.200 DM für Rodelbahnen (eine alte DKP-Forderung) wurden auf 6.200 DM gekürzt. Zu den Baukosten für das Sportheim im Waldstadion nahm Hechler Stellung.

Er meinte: „Die Stadtverordneten wurden falsch informiert. Wo waren unsere Fachleute, das Mörfelder Bauamt, den Herren hätte es auffallen müssen, daß die Architekten einen zu niedrigen Ansatz gewählt hatten.“

Einen breiten Raum nahm in der DKP-Erklärung die geforderte Unterstützung, die die Stadt Mörfelden dem „Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher“ gewähren sollte, ein.

Hechler sagte unter anderem: „Es ist richtig, die neugegründete Einrichtung zu unterstützen, aber es muß auch gleichzeitig Bund und Land an seine Pflicht erinnert werden.“



### Feigenblatt?

Nur noch wenige Bäume stehen auf dem ehemaligen Fortsamtsgelände. Dafür gibt es jetzt viel Beton.

Die Chance, eine grüne Lunge in der Stadt zu erhalten, wurde vertan. Nach der Verbreiterung der Westendstraße stehen nur noch zwei einsame Eichen Zentimeter von der Fahrbahn entfernt. (Ein Eichenblatt als Feigenblatt?)

# Über 400 unterschrieben

Die DKP Mörfelden sammelte während der Feiertage Unterschriften unter eine Resolution, die an die amerikanische Botschaft und an die Bundesregierung geschickt wurde.

419 Bürger unterschrieben den Appell, in dem u.a. heißt:

„Tausende vietnamesische Männer, Frauen und Kinder wären noch am Leben – hätten die USA das mit der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam ausgehandelte Abkommen wie vereinbart unterzeichnet.“

Doch die Abmachungen mit der DRV wurden vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl getroffen. Jetzt, da Herr Nixon in seinem Amt bestätigt wurde, hat es die Regierung der USA überhaupt nicht

mehr eilig mit ihren „Friedensbestrebungen.“

Täglich hören wir neue Schreckensmeldungen. Tausende Tonnen von Bomben werfen amerikanische Superbomber auf ein zerstörtes Land, auf ein kleines Volk.

Gleichzeitig liefert die Nixon-Regierung große Mengen neuen Kriegsmaterials nach Südvietnam. Kriegsmaterial, an dem sich die Aktionäre der großen Rüstungskonzerne maßlos bereichern. Wenn es nach ihnen ginge, könnte der Krieg noch lange so weitergehen.

Täglich aber sterben Menschen im US-amerikanischen Bombenhagel. Dieser barbarische Aggressionskrieg der USA muß aufhören und zwar sofort!

Deshalb fordern wir:

**Sofortige Unterzeichnung des Friedensabkommens durch die USA!**

**Sofortige Einstellung der Bombardierung Vietnams!**

**Sofortige Distanzierung der Bundesregierung vom Indochinakrieg der USA!“**

# Preise und Profite steigen - Löhne halten nicht mit!

Ein Jahr der Preissteigerungen liegt hinter uns. Nach den Ermittlungen des Hessischen Statistischen Landesamtes stiegen vor allem die Preise der Waren des täglichen Bedarfs.

Bei den Lebensmitteln sind die Preise für Rindfleisch um 25,3 % gestiegen, das Brot wurde 7,2 % teurer. Für Bekleidung mußte man 5,5 % mehr ausgeben, für Schuhe 7,7 %. Die Mieten kletterten durchschnittlich um 5,5 %, die Bahn wurde um 11,1 % und die Post um 29,1 % teurer.

Man rechnet damit, daß die durchschnittliche Preissteigerung 1972 bei 7 % liegt. Das heißt: 7 % mehr bei Tarifabschlüssen allein in der Lohntüte, damit man dasselbe wie in der Vergangenheit kaufen kann. Aber schon sind neue Preis- und Gebührenerhöhungen beschlossene Sache. Ab 1. Januar werden 18 % des Bruttoverdienstes für die Rentenversicherung einbehalten. Die Bundesbahn erhöht die Tarife für bestimmte Fahrten um mehr als 40 %. Angekündigt sind Preiserhöhungen bei Schokolade und Oberhemden, bei Südfrüchten und Kraftfahrzeugen.

Wie soll das weitergehen? Die Gewerkschaften wollen der Regierung nicht weh tun. Sie schließen magere Tarifbeschlüsse um 8,5 % ab. Das steht im Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen einer aktiven Lohnpolitik und zur DGB-Zielprojektion nach einer Reallohnerhöhung von 4 %. Größere Stabilität für die Arbeiter gibt es nur durch Lohnerhöhungen. Die Unternehmer jammern zwar, aber sie können zahlen. Wer regelmäßig die Wirtschaftsseite liest, weiß, was sie für Profite machen. Nur wenn die Kaufkraft der Bevölkerung steigt, kann der innere Markt gefestigt werden, finden produzierte Waren Absatz, kann es mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze geben.

Was wir vor einem Jahr im „blickpunkt“ schrieben, behält Gültigkeit: Die Arbeiterklasse muß sich mit ihren Gewerkschaften auf harte Klassenauseinandersetzungen vorbereiten: Geschenkt wird uns nichts!

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI  
MÖRFELDEN

**DKP**

An den  
Kanzler der  
Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Willy Brandt

3.1.1973

Bonn/Rh

Sehr geehrter Herr Kanzler

Wir teilen Ihnen mit, daß beiliegende Resolution in wenigen Tagen von 419 Bürgern unserer Heimatstadt unterzeichnet wurde.

In der Bevölkerung herrscht große Empörung über das Vorgehen der Amerikaner in Vietnam.

Das wurde deutlich bei der Unterschriftensammlung und beim Geldsammeln (allein am Heilig-Abend wurde vor den Kirchen unserer Stadt 640,-DM für Vietnam gespendet).

Auch die Stadtverordneten-Versammlung von Mörfelden beschloß auf Initiative der DKP-Fraktion einstimmig eine Protestresolution an die US-Botschaft zu schicken.

Allerdings vermißten wir Ihren Protest in der diesjährigen Neujahrsansprache. Wer zu solchen Verbrechen schweigt macht sich mitschuldig. Wir fordern sie auf, sich diesen Protesten anzuschließen.

Hochachtungsvoll



Rudi Hechler  
6082 Mörfelden, Hochstraße 22  
Telefon (05105) 2362

▼ for the ratification of the treaty of peace."

You can be sure that the great majority of the people in Mörfelden, especially the youth, condemns the American war of aggression in Viet Nam. This is e.g. expressed in the fact that the visitors of the divine services at Christmas gave the sum of 400.— DM for North Viet Nam.

Many thoughtless friends of the Vietnamese people demand acts of revenge against American citizens in Germany. As you know, those acts have taken place in other towns. We communists refuse these senseless acts. But we think that the peace-loving citizens of Mörfelden have the right to know what kind of persons use the right of hospitality. We do not want that friends of war live here in Mörfelden. We ask all American citizens to protest immediately and unmisunderstandably against their government's policy of war.

### Appell der Mörfelder Stadtverordneten an die US-Botschaft

Auf Initiative der DKP-Fraktion verabschiedete die Stadtversammlung Mörfelden einstimmig folgende Resolution an die US-Botschaft in Bad Godesberg:

„Wir schreiben Ihnen diesen Brief, erschüttert über die schreckliche Eskalation in Vietnam und in tiefer Sorge um den Frieden der Welt. Die Zeitungsmeldungen des heutigen Tages (19.12.) haben viele Menschen dieses Landes und unserer Stadt aufgeschreckt.

Darunter gibt es viele, die den Krieg, speziell den Bombenkrieg am eigenen Leibe kennengelernt haben. In unserer Stadt leben nahezu 2.000 amerikanische Staatsbürger. Sie leben hier in gutem Einvernehmen mit der einheimischen Bevölkerung. Wir wollen, daß dieses Verhältnis nicht gestört wird.

Deshalb schließen wir uns den Bestrebungen der amerikanischen Bürger an, die im Interesse ihrer Soldaten und der Bevölkerung von Vietnam die Beendigung der Kriegshandlungen fordern.

Wir bitten Sie, treten Sie bei Ihrer Regierung dafür ein, daß die Bombardierungen eingestellt werden, ein Friedensabkommen unterzeichnet wird."



Mit Transparenten, Flugblättern und Sammeldosen stand die Gewerkschaftsjugend und die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) am Weihnachtsabend vor den Kirchen Mörfeldens. Sie sammelten Geldspenden für die Bevölkerung Vietnams. In einem Flugblatt wiesen sie auf die Situation in diesem Land hin. In Resolutionen an die Gemeindeglieder, die den Pfarrern übermittelt wurden, wurde an christliche Ideale appelliert. „Die Hauptbetroffenen dieses schrecklichen Krieges sind Kinder, Frauen und Zivilisten: Menschen wie Sie und andere, die heute in den Kirchen unseres Landes ein Fest der Freude begehen“, hieß es darin. Die Sammelaktion ergab einen Betrag von 640,— DM, der der internationalen Solidaritätsaktion des „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ zur Verfügung gestellt wird und zum Wiederaufbau des von amerikanischen Bomben zerstörten Kinderkrankenhauses „Nguyen Van Troi“ in Hanoi beitragen soll.

## Stoppt den Völkermord

Die Nixon-Regierung macht sich der bisher schwersten Kriegsverbrechen in Vietnam schuldig. In einem barbarischen Bombenterror wurden seit dem 18. Dez. über Hanoi und anderen dichtbesiedelten Gebieten nördlich des 20. Breitengrades 500.000 Tonnen Bomben abgeworfen. Der USA-Imperialismus offenbart sein wahres menschenfeindliches Gesicht. Tausende Vietnamesen, darunter Frauen, Kinder und Greise wurden ermordet. Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, ja ganze Städte und Dörfer sanken in Schutt und Trümmer. Und das, obwohl die Nixon-Regierung sich bereiterklärt hatte, das mit der DRV ausgehandelte Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam am 31. Oktober 72 zu unterzeichnen.

Weltweit ist der Schrei der Empörung über die Verbrechen des US-Kapitals und seiner Armee. Der unbeugsame Kampfeswille der Vietnamesen, ihre solidarische Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, der Protest von Regierungen, Politikern, Wissenschaftlern, Christen, Arbeitern und Gewerkschaftern aus aller Welt hat

als erstes Ergebnis erreicht, daß Nixon entsprechend der Forderung der DRV die Bombenangriffe nördlich des 20. Breitengrades einstellen und die Gespräche über die Unterzeichnung des Abkommens mit der DRV wieder aufnehmen mußte. Doch südlich des 20. Breitengrades setzen die B-52-Bomber den Völkermord fort.

Die Gefahr ist nach wie vor riesengroß. Wenn die Welt nicht wachsam ist, können die USA ihre Kriegsverbrechen, die nur noch mit den Untaten der Hitlerfaschisten zu vergleichen sind, jederzeit wieder auf ganz Vietnam ausdehnen. Darum rufen wir alle Demokraten, alle Gegner des US-Krieges in Indochina zur verstärkten Solidarität mit dem Volk Vietnams. Auch nach Abschluß eines Friedensabkommens ist die materielle Solidarität mit diesem leidgeprüften Volk notwendig.

HELFT ! Spenden nehmen alle Mitglieder der DKP zur Weiterleitung entgegen.

Das Spendenkonto:  
Hilfsaktion Vietnam e.V., Postscheckkonto Essen Nr. 900 40 - 430



# Neuer Anfang - alter Ärger

Vor wenigen Tagen fing die Schule im Jahre 1973 neu an – der Ärger mit dem Lehrermangel aber geht weiter.

An der Gesamtschule Mörfelden/Walldorf sollten eigentlich 57 Lehrer unterrichten. Für den Unterricht stehen aber nur 43 Lehrer zur Verfügung. 230 Wochenstunden fallen aus. Eine 8. Klasse hat wöchentlich nur noch 17 Stunden Schule.

Wir sollten uns darüber im klaren sein: So kann das Lernziel unmöglich erreicht werden.

Kultusminister Friedeburg macht allerdings wieder einmal Versprechungen. So sollen ab Februar mehr Lehrer zur Verfügung stehen. Der Schule in Babenhausen, hier hatten Eltern heftig protestiert, versprach er sofort mehr Lehrkräfte.

Wie sieht es in Mörfelden aus? Müssen die Eltern erst nach Wiesbaden fahren, bis sich hier etwas ändert?

## Amtsschimmel hüh!

Bei seinem Besuch zur Einweihung der Gesamtschule Mörfelden/Walldorf sagte Kultusminister von Friedeburg zu, die Neueinstellung von Lehrkräften „unbürokratisch und großzügig“ zu handhaben.

Wie langsam und überaus bürokratisch jedoch seitens des Regierungspräsidiums und des Kultusministeriums in der Praxis gearbeitet wird, davon kann das Kollegium der Schule ein trauriges Lied singen. So mußte eine Lehrerin, die „vorläufig“ mit 14 Wochenstunden eingesetzt war, ein volles Jahr auf ihre Beschäftigung mit voller Stundenzahl warten. Einer anderen, voll ausgebildeten Lehrerin, die schon in Baden-Württemberg im Beamtenverhältnis gestanden hatte, mutete man zu, einen Angestellten-Vertrag zu unterschreiben, der sie in eine unangemessen niedrige Tarifgruppe gebracht hätte.

In der Regel müssen neu eingestellte Lehrer monatelang warten, bis ihnen das erste Gehalt ausgezahlt wird. Wovon sollen sie in der Zwischenzeit leben? Immer wieder muß die Schulleitung, der Personalrat und der Elternbeirat in Aktion treten, um den müden Amtsschimmel auf

Trab zu bringen. Kann der Amtsschimmel nicht endlich einmal laufen, ohne daß jemand dahinter stehen und „Hüh!“ schreien muß?

## Schulleitung und Elternbeiräte konnten den Modus nicht finden

Ein schlechtes Zeugnis stellte Bürgermeister Bachmann auf Anfrage der DKP der Schulleitung und dem Elternbeirat aus. Es ging um die 15.000 DM, die im Etat 1972 für Fahrkostenunterstützung vorgesehen waren und nicht zur Ausschüttung kamen. Bachmann meinte, daß Schulleitung und Elternbeirat sich nicht über einen Verteilungsmodus einigen konnten. War es nur eine Ausrede des Bürgermeisters oder fehlte es am guten Willen der verantwortlichen Lehrer und des Elternbeiratsvorsitzenden?

Wir, die DKP, hatten die Forderung gestellt und sind auch heute noch der Meinung, daß es eine Ungerechtigkeit ist, nur einem Teil der Schüler die Busfahrt zur neuen Gesamtschule zu bezahlen. Hätte man doch die betroffenen Eltern und Schüler gemeinsam einmal befragt. Sie hätten bestimmt einen Modus gefunden.

Frage an den Friedensnobelpreisträger Willy Brandt:  
Genügt ein Kniefall vor den Opfern von gestern als Protest gegen die Mörder von heute ?

## POLITISCHE UNGEREIMTHEIT

Das Bürschchen A. unreif und langhaarig verkauft gelegentlich eine Handvoll Hasch – dreckiger Dealer! Einsperren den Kerl!

Mister B. reif und mit Glatze verkauft täglich tonnenweise Napalm – legale Sache! Freiheit verteidigen. Habe die Ehre, Sir.

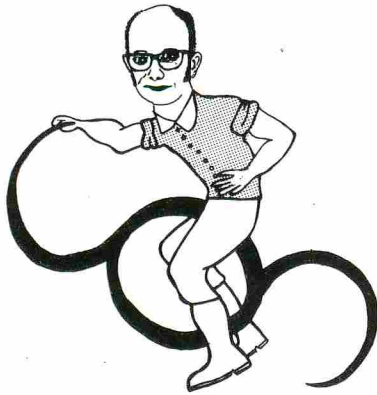


Couragiert und selbstbewußt gehen sie ans Mikrophon. Ein Bild von der Vollversammlung der Gesamtschule Mörfelden/Walldorf in den letzten Wochen des alten Jahres.

Mit über 1.200 Stimmen wurde hier eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Wir fordern die Aufhebung des Erlasses, der die nebenamtlichen Lehrstellen kürzt.

Wir fordern Aufhebung des Erlasses, der die Entlastungsstunden der Lehrer kürzt.

Wir wehren uns dagegen, daß das Problem des Lehrermangels auf die Lehrer abgewälzt werden soll. Was wir brauchen, sind mehr hauptamtliche Lehrkräfte, kleinere Klasse und dadurch einen besseren Unterricht.“



### Der Paragraphen-Reiter

Stadtverordnetenversammlung in Mörfelden. SPD-Vertreter W. Bisbort äußert sich ausführlich zum Thema Jugendpflege. Danach spricht ebenso ausführlich die Abgeordnete der FDP, Frau Siegel. Nunmehr ist der Redner der DKP, Erich Schaffner, an der Reihe. Aber er hat die

Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn flu gs meldet sich ein Neuling aus der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung mit dem Vorwurf „unsachlicher Argumentation“ versucht er die Redezeit Schaffners zu begrenzen. Unmut entsteht in der linken Ecke, doch der Kommunist darf schließlich fortfahren.

Was soll's? Wer war's? Klarer Fall: Köhler hat wieder zugeschlagen, Köhler, der Paragraphenreiter. Schon in der ersten Sitzung des neuen Stadtparlaments ritt er Attacken für „Recht und Verordnung“. Scheinbar bewaffnet mit der Kenntnis verzwickter, geheimnisvoller Paragraphen der Hessischen Gemeindeverordnung stiftete er Verwirrung.

Aber was soll das Ganze? Mit Paragraphenreiterei läßt sich schwerlich konstruktive Kommunalpolitik machen. Was nützt es dem Bürger, wenn

im Stadtparlament teure Zeit mit Debatten über Form und Prinzip vertan wird, während wichtige Dinge liegenbleiben? Gerade ein Abgeordneter der „Christlich-Demokratischen“ Union, wie Köhler es ist, sollte sich vergegenwärtigen, daß Schriftgelehrtheit nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Jesus hatte (vergl. Bibel, Matth. 15, Abs. 1-3) schon immer eine Abneigung gegen die Paragraphenreiter seiner Zeit, die Pharisäer.

Wir müssen allerdings zugeben, daß die Beschäftigung mit den Paragraphen unserer zahlreichen Verordnungen durchaus recht interessant ist. Hier ein Beispiel: „Es ist verboten, Personen in Aufzügen zu befördern, in denen die Beförderung von Personen verboten ist.“ Vielleicht fasziniert die tiefgründige Aussage dieser Verordnung auch Herrn Köhler.....

## SORGENKINDER

Seit Oktober 72 gibt es für die beiden Städte Walldorf und Mörfelden eine lobenswerte Einrichtung. Aus einer Elterninitiative hervorgegangen, wurde der „Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher e.V. Walldorf-Mörfelden“ gegründet. Schon nach kurzer Zeit konnte dieser Verein, der inzwischen ca 100 Mitglieder zählt, eine Tagesstätte für behinderte Kinder seiner Bestimmung übergeben.

Bei der Übergabe des angemieteten Bungalows in der Walldorfer Bewo-Bau-Siedlung, zu der Magistrat und Fraktionen beider Stadtparlamente eingeladen waren, gab Vorsitzender E. Pons einen kurzen Bericht.

Ab Januar 73 werden ca. 15 Kinder aus Walldorf und Mörfelden durch Fachpersonal betreut und gefördert. Ziel ist es, die behinderten Kinder so zu fördern, daß sie später evtl. die Grundschule, zumindest aber die Schule für Lernbehinderte besuchen können. Zwei Kindergärtnerinnen und eine Helferin für die Betreuung der Kinder konnten gewonnen werden. Zwei weitere Fachkräfte werden für die Kinder auf dem Sektor der Krankengymnastik und der Bewegungstherapie ab Anfang des Jahres noch zur Verfügung stehen, so daß der Ganztagsbetrieb

aufgenommen werden kann.

Von den Städten Walldorf und Mörfelden wurden je ca. 10.000 DM zur Verfügung gestellt und der Kreis Groß-Gerau hat seine finanzielle Unterstützung zugesagt.

Trotzdem wird das, bei 150.000 DM laufenden Unkosten im Jahr, nicht mehr sein, als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ähnlich wie der Erlös aus der Aktion „Sorgenkind“ für die vielen bedürftigen Stellen in der BRD.

Aber ist das bei näherem Hinsehen nicht ein Jammer? Warum müssen erst die soweit schon hart getroffenen Eltern gemeinsam mit ein paar lobenswerten Idealisten die Initiative ergreifen? Müssen Tage, Nächte und Geld opfern, damit auch diesen Kindern endlich geholfen werden kann.

Wenn dann, wie in Walldorf, der Anfang gemacht wurde, müssen diese Leute darum bangen, daß die Mittel auch weiterhin fließen.

Warum ist es nicht eine Selbstverständlichkeit für die Kreise, Länder und den Bund, auch für behinderte Kinder Betreueungsstätten zu errichten und zu unterhalten?

Was ist das für ein Staat, in dem die Reichen immer reicher werden und für solche Einrichtungen kein Geld da ist? Ist er sozial? Gerecht? Christlich? Human?

Im Kreis Groß-Gerau gibt es nur zwei Einrichtungen dieser Art, die

beide voll belegt sind und über eine lange Warteliste verfügen.

Wir wissen von einer Mörfelder Familie, die schon vier Jahre auf einen solchen Platz für ihr Kind in einem Rüsselsheimer Kindergarten wartet.

Das Kind ist mittlerweile schon zwei Jahre schulpflichtig, hat aber erst jetzt die Gelegenheit, in Walldorf in der neu geschaffenen Tagesstätte für behinderte Kinder Aufnahme zu finden. Wäre dies vor vier Jahren geschehen, dann könnte das Kind vielleicht jetzt schon zur Schule gehen. Der Vater meinte verbittert: „Schulpflicht gibt es bei uns nur für gesunde Kinder.“

Bei guter Betreuung und Förderung könnten diese Menschen später jedoch ohne weiteres ihren Unterhalt in besonderen Werkstätten verdienen und müßten niemand zur Last fallen.

Zur Zeit müssen fünf und demnächst sieben Kinder von Mörfelden nach Walldorf und zurück gefahren werden. Diesen Transport übernehmen bis jetzt noch abwechselnd einige Mütter. Eine Mutter fährt z.B. sehr oft vier Kinder in ihrem VW. Wir meinen, daß diese Belastung, die auch eine Gefahr für Fahrer und Kinder bedeutet, keinem zugemutet werden kann.

Die DKP-Fraktion hat deshalb einen Antrag im Stadtparlament gestellt, der vorsieht, daß die Stadt für den Transport der Kinder aufzukommen hat bis eine andere, bessere Regelung gefunden ist.

# Diskussion

## Pfarrer in der DKP

Da ein Gremium der evangelischen Männerarbeit jene Resolution verfaßte, welche die große Diskussion eröffnete, sei mir ein kurzes Vorwort dazu gestattet.

Männerarbeit ist in der evangelischen Kirche zu einem schwierigen Problem geworden. Man hat nicht mehr das rechte Selbstverständnis. Vielleicht erklärt das die unglückliche Haltung der „Manager in Männerarbeit“ gegenüber dem Problem der geistigen Union von Pfarrertum und Kommunismus. Aggression gegen eine politische linke Minorität ergibt Diskussionsstoff und lenkt von den eigenen Schwierigkeiten ab.

Wie verhält sich die Institution Kirche zu diesem Thema? Es ist durchaus richtig, wenn Pfarrer Trommershäuser sagt, die Kirche reagiere administrativ nur dann, wenn sie durch Konflikte dazu gezwungen würde (Spiegel 52/72). Man wird der evan-

gelischen Kirche in Hessen und Nassau nicht gerecht, wollte man ihr daraus einen Strick drehen. Wenn andere Landeskirchen einen Kandidaten — beispielsweise weil er Mitglied der DKP ist — nicht in den eigenen Dienst aufgenommen hat, so hat dies den EKHN noch in manchen Fällen getan. Die Kirche in Hessen ist also weit toleranter als vergleichbare Landeskirchen. Von daher gesehen ist es geradezu normal, wenn sie sich erst dann in einen Vorgang einschaltet, wenn echte Schwierigkeiten auftreten.

Kann ein Pfarrer Mitglied der Kommunistischen Partei sein? Bei dieser Frage scheiden sich die geistlichen Gemüter. Die Reaktionen der Kirche gegenüber Ute Knobloch und Rolf Trommershäuser resultierten nach meiner Meinung aus einer Unsicherheit. Man hatte Definitionsschwierigkeiten. Zum Schluß zeigte sich die Kirche bereit, die Mitgliedschaft von Pfarrern in der DKP zu akzeptieren, wenn die DKP folgende Frage ausreichend erklärt bzw. beantwortet: Muß ein Mitglied der DKP zwangsläufig Atheist sein oder

nicht? Ist es Dogma der Kommunistischen Partei, daß Mitgliedschaft und christlicher Glauben einander ausschließen? Wenn ja, kann kein Christ, geschweige denn ein Pfarrer, Mitglied dieser Partei sein.

Eben dies ist meine Meinung. Sozialistisches Gedankengut verfolgen und Christ sein, muß kein Widerspruch sein. Atheist und Christ sein ist logisch alternativ, also nicht möglich.

Gerhard Siegel  
Mitglied des Kirchenvorstandes Mörfelden, Präses der Dekanatssynode

**Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen.**

Allen Bürgern, die unsere Arbeit unterstützen wollen, nennen wir unser Spendenkonto:  
**900 3 419**  
bei der Kreissparkasse Groß-Gerau.

# Was sind eigentlich Monopole?

In kapitalistischen Staaten gehören die Fabriken, die Gesellschaften und Banken Privatpersonen oder kleinen Gruppen. Zwischen einzelnen Unternehmern einer Branche besteht eine scharfe Konkurrenz. Im Verlauf dieses Konkurrenzkampfes gehen einige Unternehmen zugrunde, andere wachsen auf deren Kosten. Schließlich gibt es nur wenige „marktbeherrschende“ Unternehmen in einer Branche, oftmals nur ein einziges. Diese Riesenunternehmen nennt man Monopole. In der BRD werden zum Beispiel Zündhölzer nur noch von einer einzigen Firma hergestellt, der „Deutschen Zündwaren-Monopolgesellschaft“. In anderen Branchen ist es ähnlich: Im Computerbau hat die IBM fast die „Alleinvertretung“, es gibt daneben nur noch sehr viel kleinere, unbedeutende Unternehmen. Im Autobau sind es vier große Firmen, in der Chemie drei.

Die Inhaber solcher Monopole (das sind bei uns ganze 300 Familien) können natürlich im wirtschaftlichen Bereich

schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Sie kontrollieren so fast das ganze Wirtschaftsleben des Landes und erhalten dadurch auch immer größeren Einfluß auf den Staat. Viele einflußreiche Politiker haben beispielsweise auch entsprechende Posten in der Industrie. Strauß z.B. sitzt in den Aufsichtsräten der Flugzeugindustrie, führende Bundeswehrgenerale sind gleichzeitig Direktoren von Rüstungsfirmen wie z.B. Klöckner-Humboldt-Deutz.

So kommt es, daß der Staat, der ja vom Funktionieren seiner Wirtschaft abhängig ist, unter die Kontrolle der Monopolbosse gerät. Diese versuchen immer, ihre Leute in der Regierung zu platzieren. Sind Wahlen, so können sie eine ihnen genehme Partei nachhaltig unterstützen, indem sie ihr den Wahlkampf aus ihren Milliardengewinnen bezahlen und dafür Vorteile für sich verlangen, wenn diese Partei an die Regierung kommt. In diesem Wahlkampf z.B. haben die führenden Kreise der Wirtschaft

die CDU unterstützt, weil sie sich von ihr mehr Einfluß für sich selbst versprochen. Vor der SPD warnten sie die Bevölkerung durch Angstmachen vor dem „Sozialisierungsgeier“ in großen Anzeigen. Die DKP versuchte sie vollends niederzuhalten, indem sie sie in den ihnen gehörenden Zeitungen verleumdete und benachteiligte.

In einer solchen Situation, in der eine kleine Gruppe von Milliardären direkt (durch ihr Geld) die Politik bestimmt und beispielsweise Wahlergebnisse beeinflusst, sprechen wir vom „staatsmonopolistischen“ Kapitalismus; denn bald ist der Staat nur noch ein Instrument in den Händen der Bankiers, der Milliardäre, eben der Kapitalisten und ihrer Monopole.

In den USA ist diese Entwicklung so weit, daß die amerikanischen Monopolkapitalisten um des Profits willen seit Jahren in Vietnam Krieg führen können, obwohl große Teile des amerikanischen Volkes und fast die gesamte Weltöffentlichkeit dagegen sind. Dieses Stadium, in dem es den Kapitalisten nicht mehr genügt, den eigenen Staat zu kontrollieren, sondern in dem sie andere Länder beeinflussen und sogar mit Waffengewalt über sie herfallen, nennt man Imperialismus.